

Stellungnahme der FDP Billerbeck zum Haushalt 2014



Billerbeck, im Februar 2014

Die rot-grüne Landesregierung hat in den vergangenen Jahren mit den wiederholten Änderungen der Gemeindefinanzierungsgesetze (GFG) eine Umverteilung finanzieller Mittel zu Lasten des ländlichen Raumes angestoßen. Die Kommunen im Münsterland haben aussichtsreich auch gegen das GFG 2013 Klage erhoben. Vor allem die Anhebung des Prozentsatzes für die Ermittlung des Sozialkostenansatzes hat dazu geführt, dass Billerbeck in 2014 keine Landesmittelzuweisungen mehr erhält. Das belastet den Haushalt der Stadt für 2014 und der kommenden Jahr erheblich und schränkt die politischen Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich der Entwicklung Billerbecks weiter ein. Die FDP in NRW hat sich in der Vergangenheit dafür eingesetzt und setzt sich auch heute noch dafür ein, dass notleidenden Kommunen unter strikten Auflagen geholfen wird. Andererseits dürfen Kommunen, die mit vorbildlicher Haushaltsführung gewirtschaftet haben, nicht für diese Leistung bestraft werden, wie es derzeit von der rot-grünen Landesregierung vorgesehen wird.

Die FDP Billerbeck verurteilt daher die einseitige Bevorzugung städtischer Ballungsgebiete zu Lasten der Kommunen im Münsterland. Die ständige Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land muss endlich beendet werden.

Die derzeit gute Konjunktur lässt die Gewerbesteuererinnahmen in Billerbeck weiter sprudeln, so dass der Haushalt 2014 wieder ausgeglichen werden kann. Jedoch gelingt das nur durch einen erheblichen Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage mit einem Betrag in Höhe von **880.800 Euro**. Die Ausgleichsrücklage von Anfangs rd. 4,6 Millionen Euro aus der Eröffnungsbilanz 2009 wird damit abermals bis auf einen Restbetrag von rd. **350.000 Euro** abgeschmolzen. Nach der langfristigen Finanzplanung wird auch dieser Betrag am Ende des Haushaltsjahres 2015 verbraucht sein. Zukünftig bleibt daher kaum noch Raum für wichtige Aufwendungen und Investitionen. So fehlt weiterhin das Geld für die Einrichtung einer weiteren Sozialarbeiterstelle für die Schulen.

Die Stadt Billerbeck ist auch weiterhin auf Schlüsselzuweisungen des Landes angewiesen, um so wichtige Investitionen im Bereich der Stadtentwicklung tätigen zu können. Außerdem gilt es die Folgen des demographischen Wandels abzufedern. Wir müssen Ressourcen schaffen, um den Anforderungen künftiger Generationen gerecht zu werden.

Dazu muss auch die Politik ihren Beitrag leisten.

Die FDP hat in den vergangenen Jahren mehrfach darauf hingewiesen, dass bei einer demografischen Entwicklung, die sich mittelfristig in rückläufigen Bevölkerungszahlen niederschlägt, auch die Verwaltung reformiert werden muss. Die Bürgermeisterin hat zu Beginn dieser Wahlperiode ein entsprechendes Konzept angekündigt. Wir warten noch heute auf das Konzept.

In diesem Zusammenhang hat die FDP auch die Einrichtung eines Bürgerbüros im Erdgeschoss des Rathauses gefordert, um allen Billerbecker Bürgern den barrierefreien Zugang zu Dienstleistungen

der Verwaltung zu schaffen. Auch das hatte die Bürgermeisterin zu Beginn der Wahlperiode angekündigt und bis heute nicht umgesetzt. Im Zuge der Diskussion um den Rathausaufzug hat die FDP diese Forderung deutlich wiederholt und gebeten, dies als eine Alternative in die Planung mit einzubeziehen. Von der Bürgermeisterin kam nur die pauschale Antwort: Zu teuer und nicht umsetzbar. Auch diese Planung hätte man trotz Rathausaufzug mit in das Integrierte Handlungskonzept zum barrierefreien Umbau der Innenstadt einbauen können. Diese Chance wurde kläglich vertan.

Verwaltung und Politik müssen Strategien entwickeln, um die Leistungsfähigkeit der Stadt nachhaltig zu stärken. Wir benötigen dringend ein Stadtentwicklungskonzept, in dem langfristige Ziele der Stadt verankert werden. Stadtentwicklung nur mit einem Einzelhandelskonzept und dem Integrierten Handlungskonzept zu betreiben hat in der Vergangenheit nicht funktioniert und wird uns auch in Zukunft nicht weiter bringen. Die Ladenleerstände in der Innenstadt nehmen von Jahr zu Jahr zu. Auch die Diskussion um die Aldi-Erweiterung zeigt nach Meinung der FDP eindrucksvoll das Fehlen eines langfristigen Stadtentwicklungskonzeptes. Wir müssen endlich Flächen für die Ansiedlung von größeren Märkten in der Innenstadt finden. Die FDP hatte diesen Antrag ja bekanntlich 2011 in den Rat eingebracht. Er wurde jedoch von SPD, Grünen und der CDU nicht unterstützt. Umso mehr freut es uns, dass nunmehr die SPD unseren Antrag mit einem eigenen Antrag unterstützt. Das hätten wir auch schon früher haben können. So sind zwei wertvolle Jahre vertan worden, um wieder Leben in die Innenstadt zu bringen.

Der vorgelegte Haushalt belegt, dass die Stadt ihre Investitionen und Ausgaben nicht nachhaltig sichert.

Die Renovierung des denkmalwerten Ludgeri-Schulgebäudes ist mit 460.000 Euro und der Einbau einer Ersatzheizung im Johanni-Schulgebäude ist mit 125.000 Euro veranschlagt. Die FDP vertritt die Auffassung, dass diese Investitionen und Ausgaben nachhaltig abzusichern sind, in dem man zum Beispiel zunächst prüfen sollte,

- ob es sinnvoll ist beide Grundschulstandorte auf Dauer weiter zu betreiben oder
- ob es nicht sinnvoller wäre, einen der Standorte aufzugeben und zu vermarkten und mit dem Erlös einen Neubau am zweiten Standort zu errichten.

Die Schülerzahlen sind rückläufig. Daher bittet die FDP vor einer Entscheidung über diese Ausgaben, dem Rat Zahlen, Daten und Fakten zur Absicherung vorzulegen. Wir erkennen dabei einen erhöhten Flächenbedarf über den Flächenbedarfsplan des Landes durchaus an, um auch weiter neue pädagogische Lernkonzepte umsetzen zu können.

Des Weiteren sind für den Bauhof 60.000 Euro für Fahrzeuge und 30.000 Euro für Maschinen in den Haushalt eingestellt. Auch diese Ausgaben sind auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen. Die FDP hat in der Vergangenheit mehrfach gefordert, interkommunale Kooperationen mit den Nachbarkommunen auch bezüglich der Errichtung eines gemeinsamen Bauhofs zu prüfen. Auf ein Konzept warten wir bis heute.

Die Aussichten für die nächsten Jahre lassen nach der mittelfristigen Finanzplanung keine wesentliche Besserung der Finanzlage der Stadt Billerbeck erwarten. Ziel muss es bleiben, die Entschuldung der Stadt weiter voran zu treiben.

Die FDP stimmt einem weiteren Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage in Höhe von 880.800 Euro zum Ausgleich des vorliegenden Haushalts nicht zu und lehnt daher den Haushaltsplanentwurf für 2014 ab.

Helmut Knüwer

FDP Billerbeck